

Deutscher Bundestag
15. Wahlperiode

Protokoll Nr. 15/18

**Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“**

Kurzprotokoll

18. Sitzung

Öffentliche Sitzung

**Berlin, 23. Februar 2005, 17:00 Uhr
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus**

Sitzungssaal: E.700

Vorsitz: Dr. Michael Bürsch, MdB

Tagesordnung:

1. Öffentliches Fachgespräch zu dem Thema „Migrations- und Integrationspolitik unter dem Fokus bürgerschaftlichen Engagements“ mit der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Marieluise Beck, sowie dem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten in Deutschland, Hans-Peter Kemper
2. 1. Beratung des Antrags der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Zukunft der Freiwilligendienste – Ausbau der Jugendfreiwilligendienste und der generationsübergreifenden Freiwilligendienste als zivilgesellschaftlicher Generationenvertrag für Deutschland“, Drucksache 15/4395
3. Verschiedenes

Anwesenheitsliste*

Mitglieder des Unterausschusses

SPD

Bürsch, Dr. Michael (ab 18.00 Uhr)
Hiller-Ohm, Gabriele
Schaaf, Anton
Reichenbach, Gerold
Wieczorek (Böhlen), Jürgen
Streb-Hesse, Rita

CDU/CSU

Blumenthal, Antje
Pawelski, Rita
Scheuer, Andreas
Riegert, Klaus
Zylajew, Willi

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dümpe-Krüger, Jutta

FDP

Lenke, Ina

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Bundesregierung

BMFSFJ

Beck, Marieluise
Gottstein, Margit
Jacobi, Gudrun
Tietze, Julia

BMI

Hauschild, Christoph

Ländervertreter

Heck, Alice (Rheinland-Pfalz)
von Gemmingen, Markus (Baden-Württemberg)
Dr. Kolmer, Petra (Hessen)

Fraktionen und Gruppen

Stein, Thomas (FDP)
Beck, Andrea (FDP)

Abg. Klaus Riegert als stellvertretender **Vorsitzender** eröffnet die 18. Sitzung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ und begrüßt zu Top 1 „Migrations- und Integrationspolitik unter dem Fokus bürgerschaftlichen Engagements“ die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Marieluise Beck, sowie Dr. Christoph Hauschild, Bundesministerium des Innern. Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten in Deutschland, Hans-Peter Kemper, lässt sich entschuldigen.

PSts Marieluise Beck (BMFSFJ) stellt zu Beginn die Grundthese auf, dass bürgerschaftliches Engagement ein Schlüssel dafür sei, ob eine Integration von Migrantinnen und Migranten in die deutsche Gesellschaft gelinge.

Es habe immer schon bürgerschaftliches Engagement der deutschen Bürgerinnen und Bürger in Zusammenhang mit Migration gegeben, z. B. im Bereich Flüchtlinge oder der so genannten Gastarbeiter, hier meist im Sinne einer sozialen Fürsorge. In der Zwischenzeit blicke Deutschland auf fast 50 Jahre Migrations- und Integrationsgeschichte zurück, und Migrantinnen und Migranten bildeten einen Teil unserer Gesellschaft.

Integration findet im Wesentlichen in der Kommune und in den Stadtvierteln statt. Das Leben miteinander zu gestalten, stelle eine Herausforderung dar, die selbstverständlich nicht konfliktfrei sei. Dieses wissend, sei z. B. das Frankfurter Amt für multikulturelle Angelegenheiten auch als Konfliktmanagementamt eingerichtet worden, denn Multikulturalität bedeute nicht nur Vielfalt.

Sie habe erfreut zu Kenntnis genommen, dass die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagement“ nicht nur einen Fokus auch auf die Migrantinnen und Migranten geworfen habe, sondern auch die desolante Forschungslage in diesem Bereich angesprochen habe. Diese Situation habe sich bis heute noch nicht grundlegend geändert.

Die Stiftung Zentrum für Türkeistudien habe - im Auftrag des BMFSFJ – eine Studie über das freiwillige Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland durchgeführt. Befragt worden seien 1500 türkeistämmige Migrantinnen und Migranten und 52 Expertinnen und Ex-

perten. Sie wolle im Folgenden über die Ergebnisse berichten, da ihrer Meinung nach dadurch eine Einschätzung dazu möglich werde, welche Potentiale zur Mobilisierung und gegenseitiger Unterstützung gesellschaftspolitisch vorhanden seien.

Erstaunlich sei, dass zwei Drittel (64 %) der türkeistämmigen Migrantinnen und Migranten in Deutschland sich aktiv in Vereinen, Gruppen oder Initiativen beteiligten. Dies entspreche in etwa der Größenordnung des Engagements in der deutschen Bevölkerung (70 %). Insgesamt engagierten sich aber nur 10 Prozent der Befragten über die bloße Beteiligung hinaus bei ehrenamtlichen oder freiwilligen Aufgaben. Allerdings haben die Befragungen auch zutage gefördert, dass die Bereitschaft etwas zu tun deutlich größer ist. So hätten 50 % der türkeistämmigen Migrantinnen und Migranten Interesse an weiterem freiwilligem Engagement.

Es gebe eine zweite Studie zum bürgerschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten von Claudia Diehl, die türkische und italienische Migrantengruppen im Fokus gehabt habe. Im Ergebnis liefere die Studie ähnliche Ergebnisse, wie die des Zentrums für Türkeistudien. Man könne feststellen, dass es zwar eine hohe Beteiligung in Vereinen u. ä. gebe, das weitergehende Engagement allerdings noch ausbaufähig sei.

Wenn man sich die Bereiche ansehe, in denen ehrenamtliches Engagement stattfinde, stelle man fest, dass sich das Engagement überwiegend auf die aufnehmende Gesellschaft richte. Das Ziel ist Leben in der Aufnahmegesellschaft. Die Studie des Zentrums für Türkeistudien kommt zu dem Ergebnis, dass 35 % der türkischstämmigen Migrantinnen und Migranten sowohl in deutschen als auch in türkischen Gruppen oder Vereinen aktiv seien. Lediglich 16 % seien nur in deutschen Organisationen tätig. 40 % beteiligten sich ausschließlich an Gruppen, in denen die anderen Teilnehmer überwiegend türkischer Herkunft seien. Was sie besonders freue, sei die Tatsache, dass Eingebürgerte sich häufiger in deutschen Organisationen beteiligten als nicht Eingebürgerte. Das zeige, dass die Einbürgerung über das Faktum der Staatsbürgerschaft hinaus auch ein Zeichen dafür sei, dass die Identifikation mit der Gesellschaft mit der Einbürgerung einhergehe.

Die Beteiligung in eigenethnischen oder in mehrheitlich deutschen Organisationen hänge auch stark von jeweiligen Interessen ab. Festzustellen sei, dass die Beteiligung in Organisati-

onen der Aufnahmegesellschaften dort hoch sei, wo es gemeinsame Interessenlagen gebe. Das gelte zum Beispiel für Gewerkschaften oder beruflichen Interessensvertretungen. Türken seien zu 16,4 %, Italiener zu 15,1 % und Deutsche lediglich zu 13,9 % in deutschen Gewerkschaften aktiv.

Die Beteiligung in eigenethnischen Kontexten erfolge vor allem dann, wenn es keine deutschen Alternativen gebe. So verweise die hohe eigenethnische Beteiligung im Bereich Freizeit, Geselligkeit (65 %) und Religion auf einen bewussten Zusammenschluss in diesen Strukturen. Während spanische, portugiesische und italienische Migrantengruppen an die christlichen Kirchen andocken konnten, habe es für die muslimischen Migranten keine aufnehmende Struktur gegeben. Leider seien die entstandenen Strukturen nicht immer transparent, was es schwierig mache, einen Ansprechpartner zu finden.

Am stärksten sei das türkische Engagement in Sportvereinen (27 %). Auch wenn in diesem Bereich eine Vielzahl eigenethnischer Vereine zu finden seien (8,3 % türkische Vereine, 3,1 % italienische Vereine), dominierten doch noch die gemischtnationalen Vereine. In den traditionellen deutschen ehrenamtlichen Institutionen, wie Freiwillige Feuerwehr, Technisches Hilfswerk, Rotes Kreuz usw. finde man bis zum heutigen Tag jedoch ausgesprochen wenige Migrantinnen und Migranten. Gleiches gelte für den Bereich der neuen Selbsthilfeinitiativen, Vereine von Eltern von schwul-lesbischen Kindern, Behindertengruppen oder auch Umweltvereinen. Das alles ist offensichtlich den Migrantenmilieus oder auch der Kultur noch so fremd, dass es so gut wie keine Beteiligung gebe. Es liege auf der Hand, dass Migrantinnen und Migranten der ersten Generation ein stärkeres Engagement in eigenethnischen Vereinen aufwiesen als die nächsten Einwanderungsgenerationen.

Alles in allem könne man sagen, dass die zukünftigen Anstrengungen darauf gerichtet sein sollten, dass der freiwillige Sektor der Mehrheitsgesellschaft sich aktiv öffnen müsse, um Migrantinnen und Migranten einzubinden. Gleichzeitig müsse anerkannt werden, dass auch Migrantenselbstorganisationen Teil unserer Zivilgesellschaft seien. Sie habe beobachtet, dass innerhalb des Freiwilligensektors, der Verbände und der Organisationen die Debatte über interkulturelle Öffnung weiter fortgeschritten sei als in der Politik.

Dass es sich beim Thema Migration und Integration nicht um ein Randphänomen handele, mache auch die Zahl deutlich, dass jedes vierte Neugeborene in unserer Gesellschaft ein ausländisches Elternteil habe. Rechne man die Spätaussiedler hinzu, habe bereits jedes dritte Kind einen Migrationshintergrund. Wenn man sich das generative Verhalten vor Augen halte, dass z. B. deutsche Akademikerinnen zwischen 30 und 35 Jahren zu 40 % keine Kinder mehr wollten, könne man ermessen, dass der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung weiter wachsen werde.

Kultursensibilität sei ein Gebot für alle Bereiche der Zivilgesellschaft. Sie stelle fest, dass diese Erkenntnisse in die Beschlüsse und Leitlinien im freiwilligen Sektor Eingang gefunden habe, z.B. beim Bundesforum Familie, dem Deutschen Bundesjugendring, dem Deutschen Sportbund oder der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen. Trotzdem täten sich die großen Jugendverbände oder auch Sportvereine schwer, Migrationsjugendliche zu erreichen. Die Erfahrung, die die Jugendlichen mit Zurückweisungen gemacht hätten, wirkte wie ein schleichendes Gift und führte zum Rückzug. Im eigenen Interesse sollte einer solchen Entwicklung entgegengewirkt werden.

Ein weiterer Ansatz, bürgerschaftliches Engagement zu stärken, sei die Anerkennung von Migrantenselbstorganisationen. Zum Beispiel in dem Bereich Religion gebe es für Muslime in der Regel keine Angebote außerhalb der eigenen Ethnie oder der national definierten religiösen Zugehörigkeit. Sie sei der Auffassung, man müsse in die Moscheen gehen, denn dort seien diejenigen zu finden, die die Aufgabe übernehmen könnten und müssten, in die jeweilige Community hinein, die Grundlagen und auch Werthaltungen unserer Gesellschaft zu vermitteln. Migrantenselbstorganisation könnten in diesem Zusammenhang eine Brückenfunktion übernehmen. Es sei zudem sinnvoll, über die Moscheevereine hinauszuschauen und auch Kulturgruppen oder Selbsthilfeorganisationen anzusprechen. Es müsse auch überprüft werden, ob das Beratungsinstrumentarium ausreichend sei, wenn es z. B. um eine Vereinsgründung in diesem Bereich gehe. Ein weiterer Ansatz sei die Überwindung von Sprachbarrieren. Insbesondere die erste Generation von Migranten habe zum Teil große sprachliche Probleme.

Dr. Christoph Hauschild (BMI) erklärt, dass er sich dem Bericht inhaltlich voll anschließen könne. Er wolle jedoch noch einmal aufzeigen, was sich in der Zwischenzeit gegenüber den

im Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ dargestellten Fakten und Empfehlungen geändert habe.

Viele Änderungen müssten im Zusammenhang mit dem Zuwanderungsgesetz, das am 1. Januar 2005 in Kraft getreten sei, gesehen werden. Aus Sicht des BMI seien die Kommunen der eigentliche Ort der Integration. Der Bundesbereich müsse sich daher immer fragen, wenn er sich von seiner Seite um Integration bemühe, welche Aufgaben der Bund wahrnehmen dürfe und welche er den Vorortstrukturen überlassen müsse. Das bundesweite Integrationsprogramm stellt ein Instrumentarium dar, durch das die einzelnen Handlungsfelder von Bund, Ländern und Gemeinden besser aufeinander abgestimmt werden sollten, z. B. um Doppelförderung zu vermeiden oder Ressourcen besser zu steuern. Es sei kein Instrumentarium, um Zuständigkeiten zu verlagern oder sich in Angelegenheiten der anderen Ebenen einzumischen. Ein konkretes Beispiel hierfür sei die Sprachförderung. Hier gebe es ein einheitliches Instrumentarium des Bundes und darum mache es Sinn, die Maßnahmen der Länder und Kommunen auf dieses Instrumentarium abzustimmen.

Die Parlamentarische Staatssekretärin habe in ihrem Beitrag Selbsthilfeorganisationen von Migrantinnen und Migranten angesprochen. Das BMI und seine nachgeordneten Bereiche konzentrierten sich in diesem Bereich z. B. zurzeit auf Projektförderung. 2004 seien insgesamt 1000 Projekte gefördert worden. Die Förderung habe auch das Ziel zu helfen, diese Organisationen langfristig ohne staatliche Unterstützung überlebensfähig zu machen.

Was oftmals fehle, seien Konsultationsstrukturen mit Migrantenorganisationen. Hier sehe er die Bundesebene gefordert, sich darüber Gedanken zu machen, wie die Kommunikationssituation mit Migrantenorganisationen verbessert werden könne.

Ein weiterer Bereich, der sich im Vergleich zu der im Enquete-Bericht dargestellten Situation weiterentwickelt habe, seien die Migrationsdienste. So sei der Jugendmigrationsdienst durch das BMFSFJ und seit dem 1. Januar 2005 auch die so genannte Migrationserstberatung erwachsener Ausländer und Spätaussiedler neu strukturiert und gestrafft worden. Die Migrationserstberatung sei z. B. unabhängig von einer Kofinanzierung der Länder, die in den letzten

Jahren erhebliche Schwierigkeiten bei der Mitfinanzierung gezeigt hätten. Ein weiteres Ziel sei die Vernetzung der Beratungsstrukturen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.

Das Bundesamt werde seine Außenstellenstruktur nutzen, um die Bundesaktivitäten stärker auch vor Ort mit den Länderaktivitäten und den kommunalen Aktivitäten zu vernetzen. Es sei auf Grund der personellen Möglichkeiten, die das Bundesamt zurzeit habe und der zurückgehenden Asylbewerberzahlen möglich, im Bereich Integration und Migration neue Aufgaben zu übernehmen.

Der Bund habe mit dem Zuwanderungsgesetz die Zuständigkeit für die Sprachförderung der Neuzuwanderer erhalten. Es gelte nunmehr die vorhandenen kommunalen Angebote auf den Integrationskurs des Bundes abzustimmen. Die Resonanz auf das Integrationskursangebot sei erheblich. In den ersten zwei Monaten 2005 hätten sich z. B. 30.000 hier lebende Ausländerinnen und Ausländer beworben, um an Integrationskursen teilzunehmen. Bei den Neuzuwanderern gebe es zwar noch Anlaufprobleme, aber ansonsten halte er diese Zahl für sehr ermutigend.

Das Bundesamt habe durch das Zuwanderungsgesetz auch die Aufgabe erhalten, Migrationsforschung zu betreiben. Eines der geplanten Vorhaben sei das Migrationspanel. Das Panel soll sich umfassend mit der Situation der Ausländer in Deutschland befassen.

Eine weitere Möglichkeit für den Bund, das Engagement zu stärken, sehe er in der Förderung von Wettbewerben. Das BMI führt zurzeit gemeinsam mit der Bertelsmann-Stiftung einen kommunalen Wettbewerb durch, bei dem es um eine Verbesserung der Organisationsstrukturen in den Kommunen bei der Integrationsarbeit gehe. Ein anderer Wettbewerb heißt: „Engagement gewinnt“, im Untertitel „Engagement macht Schule“. Dieser werde in Kooperation mit Österreich, den Niederlanden und Dänemark durchgeführt. Ziel des Wettbewerbes sei es, Ideen zu entwickeln, wie Kindern in Grundschulen das Integrationsthema näher gebracht werden könne. Für den 18. März 2005 ist für diesen Wettbewerb die Preisverleihung in Berlin geplant.

Abg. **Anton Schaaf** (SPD) fragt, ob unter den Modellprojekten für generationsübergreifende Freiwilligendienste auch solche seien, die sich mit dem Thema Integration befassen. Er sehe insbesondere im Bereich Jugendfreiwilligendienste die Chance, auch Migrantenjugendliche an die soziale bzw. gesellschaftliche Arbeit heranzuführen.

PSts Marieluise Beck (BMFSFJ) erklärt, dass sie dies zurzeit nicht wisse.¹ Sie kenne jedoch bereits laufende Projekte, die diesen Bereich bearbeiteten. In Hannover habe z. B. eine Senioreninitiative die Hausaufgabenbetreuung von Migrantenkindern übernommen. Man wisse, dass die Schulabschlüsse von Migrantenkindern deutlich schlechter als die der deutschen Schüler seien. Angesichts der demographischen Entwicklung müssten jedoch relativ schnell in diesem Bereich Verbesserungen erzielt werden. Sie halte die Initiative der Älteren für hervorragend, da diese auch hoch integrativ sei. Es bleibe zwangsläufig nicht nur bei der Hausaufgabenerledigung an sich, sondern es komme auch zu einer Annäherung der Kulturen. Sie würde sich mehr dieser Initiativen wünschen.

Aufgrund der Bildungsabschlüsse der jungen Menschen im Freiwilligen Sozialen Jahr, überwiegend Abitur, würde sie vermuten, dass es in diesem Bereich einen geringen Anteil von Migranten und Migrantinnen gebe. Angesichts der sozioökonomischen Lage des überwiegenden Teils der Migrantenelternhäuser, sei es wahrscheinlicher, dass die Jugendlichen zum Familieneinkommen beitragen müssten.

Abg. **Andreas Scheuer** (CDU/CSU) führt aus, dass es ein fraktionsübergreifendes Anliegen sei, erfolgreich Integrationspolitik zu betreiben. Er wolle wissen, ob die Staatssekretärin Erkenntnisse darüber habe, ob einzelne Migrantengruppen oder Aussiedler bestimmte Engagementvorlieben entwickelten. Wenn das bekannt wäre, könnte man viel zielgerichteter an der Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern arbeiten. Die Moscheevereine aufzusuchen, um diese mit einzubinden, halte er ebenfalls für einen gangbaren Weg.

¹ Nachtrag: Im Zwischenbericht „Vorschläge für Maßnahmen zur Erprobung generationenübergreifender Freiwilligendienste“ des BMFSFJ sind solche Maßnahmen benannt, z.B. das Projekt „Ehrenamtliches Engagement von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in den Jugendmigrationsdiensten“, vgl. www.bmfsfj.de

Abg. **Antje Blumenthal** (CDU/CSU) erläutert, dass sie in ihrer Arbeit festgestellt habe, dass das bürgerschaftliche Engagement von Migrantinnen und Migranten in der Mehrzahl eigen-ethnisch orientiert sei, selbst wenn es z. B. an einer deutschen Schule stattfinde. Zudem habe sie auch die Erfahrung gemacht, dass die Engagementrichtung einseitig sei, von Deutschen für Migranten. In Hamburg habe man ein Projekt in einem Fußballverein initiiert, bei dem jeder deutsche Jugendliche einen türkischen Jungen mitbringen sollte. Dem Projekt in dieser Richtung sei zwar Erfolg beschieden gewesen, aber türkische Vereine seien nicht auf die Idee gekommen, es auch anders zu machen. Hier gebe es ihrer Auffassung nach Handlungsbedarf.

PSts Marieluise Beck (BMFSFJ) weist darauf hin, dass es in der Migrantengemeinschaft verschlossene Orte gebe, zu denen u. a. radikalisierte Moscheevereine gehörten. Sie hoffe, dass die Möglichkeiten, die das neue Zuwanderungsgesetz biete, von den Ausländerämtern und den Kommunen ausgeschöpft würden.

Bei DITIB z.B., dem Dachverband der türkischen Moscheen, sei das anders. Der Dachverband sei zwar sehr in Richtung Türkei orientiert, aber dem Verfassungsschutz lägen keine Erkenntnisse vor und dieser Verband vertrete eine große Anzahl von Moscheen und damit Menschen. Insgesamt gebe es zwar bisher nur wenige Zugangsmöglichkeiten, aber es gebe sie, z. B. bei dem gemeinsamen Fastenbrechen von moslemischen und christlichen Gemeinden. Ihrer Meinung nach gehe es darum, Anknüpfungspunkte und Begegnungspunkte aufzuspüren, da nichts erzwungen werden könne. Wenn sich keine Anknüpfungspunkte finden ließen, sei das zwar bedauerlich, aber auch das müsse man akzeptieren. Sie wisse, dass Integration ein langwieriger Prozess sei. Auch assimilative Prozesse seien hilfreich für Integration - so gebe es in der Zwischenzeit eine große Zahl von Kindern, die eine türkische Großmutter und einen deutschen Großvater hätten. Das heiße, dass die Zahl der Menschen zunimmt, die ganz zwangsläufig über die familiären Beziehungen Brücken bauten.

Dr. Christoph Hauschild (BMI) erläutert, dass das BMI seit einiger Zeit begonnen habe, auch für Migranten ähnliche Projekte wie für Aussiedlermilieus anzubieten, die in der Projektförderung des BMI früher im Vordergrund standen. Dahinter stehe der Gedanke, dass

Migrantinnen/Migranten und Aussiedler ähnliche Problemlagen hätten. In der Praxis sei die Umsetzung dieses Gedankens nicht immer einfach, da sich z.B. Aussiedler in einem anderen Status sehen als andere Migranten.

Man wolle letztlich jedoch von einer spezifischen Gruppenförderung Abstand nehmen und soweit wie möglich die Menschen mit Migrationshintergrund unabhängig von der Nationalität fördern.

PSts Marieluise Beck (BMFSFJ) ergänzt, dass die im Herbst stattfindenden Interkulturelle Woche/Woche des ausländischen Mitbürgers, die u.a. von den Kirchen getragen würden, migrationsübergreifend ausgerichtet seien. Auch das trage ihrer Meinung nach zur Integration bei.

Abg. **Rita Pawelski** (CDU/CSU) erläutert, dass es wenig Ehen zwischen Türkinnen und deutschen Männern gebe, weil eine solche Heirat von türkischer Seite oftmals nicht gewollt werde. Bei dem angesprochenen Fastenbrechen habe sie meist viel deutsche wie auch türkische Prominenz und Funktionäre gesehen, aber z. B. wenige türkische Frauen.

Es gebe auch andere Projekte, wie „Hallo Nachbar“ in einem der sozialen Brennpunkte oder das Nado-Kinderhaus, in dem ebenfalls Hausaufgabenhilfe geleistet werde. Die Finanzierung sei für alle Initiativen schwierig. Der Nachbarschaftstreff befinde sich in einem Bereich, in dem 38 unterschiedliche Nationen lebten, unter ihnen sehr viele Kinder. Eine Wohnungsgesellschaft habe der Hausaufgabenhilfe eine Wohnung überlassen, in die niemand mehr einziehen wollte. Die Wohnung sei jedoch zum Jahresende gekündigt und nun versuche man von Seite der Initiativen, einen Geldgeber zu finden. Geldgeber fänden sich jedoch eher für Projekte, die publikumswirksamer als Nachbarschaftstreffs seien, obwohl dort hervorragende Integrationsarbeit geleistet werde.

Frau Beck habe dargestellt, dass insbesondere die zweite Generation der Migrantinnen und Migranten deutlich seltener in Vereinen vertreten sei als die erste Generation. Sie frage, ob es wissenschaftliche Erkenntnisse gebe, warum das so sei.

Man wisse, wie wichtig es sei, dass in Beratungs- und Betreuungsstellen für muslimische Frauen auch Migrantinnen ehrenamtlich mitarbeiteten, die die türkische bzw. arabische Sprache beherrschten. Sie habe auf Grund eigener Recherchen erfahren, dass die Frauen übersetzten, aber ganz selten auch Beratungsarbeit machten. Sie frage, ob hierzu ebenfalls Erkenntnisse vorlägen.

PSts Marieluise Beck (BMFSFJ) erläutert, dass hinsichtlich der angesprochenen Eheschließungen die Zahlen zwar zunähmen, aber nicht in nennenswertem Umfang. Das könne man bedauern, aber nicht ändern. Von den heute in Deutschland lebenden 7,3 Mio. Ausländerinnen und Ausländern seien bereits 1,5 Mio. - und damit jeder fünfte - in Deutschland geboren. Ihr Plädoyer sei: Integration könne nicht per Gesetzbuch verordnet werden, sondern es müsse analysiert werden, wie Integrationshemmnisse aus dem Weg geräumt werden könnten und welche Fördermöglichkeiten es gebe. Sie wolle die Situation nicht schön reden, aber sie sehe hierzu auch keine Alternative.

Im Bereich Sprachförderung sei man an einem kritischen Punkt angelangt, weil die Orientierung auf die Neuzuwanderer die Mittel in diesem Bereich gebunden hätten. Es gebe zudem das Problem, dass Bund, Länder und Kommunen sich gegenseitig die Schuld zu schöben. Die Hausaufgabenbetreuung sei z. B. eine kommunale Aufgabe. Sie könne die Finanznot der Kommunen auch in diesem Bereich nur zur Kenntnis nehmen und bedauern, gleichzeitig jedoch dafür werben, dass dieser Bereich auch weiter im Blick bleibt. Gleiches gelte auch für Stadtrandviertel, in denen es aufgrund der sozialen Zusammensetzung häufig zu Konflikten komme. Die Kommunen bemühten sich zwar, aber es drücke natürlich überall der finanzielle Schuh.

In den Beratungsstellen gebe es nach wie vor zu wenig gut ausgebildete Migrantinnen und Migranten, die eine Brückenfunktion wahrnehmen könnten. Das habe auch historische Ursachen. Die Anwerbepolitik in der Türkei habe zu einer Unterschichtzuwanderung geführt, Lehrer, Akademiker und Ärzte seien nicht mitgekommen. Deutsche und Migranten hätten gleiche Probleme, über gute Bildungsabschlüsse aus diesem Milieu aufzusteigen. Für die Beratungsstellen heiße das, es fehlten oftmals gut Ausgebildete, die als Übersetzer und Berater tätig sein könnten.

Sie könne nicht sagen, ob sich die zweite Generation stärker isoliere oder zurückziehe, weil ihr hierfür keine Daten vorlägen. Entsprechende Untersuchungen fehlten. Die im Auftrag des BMFSFJ von Prof. Ursula Boos-Nünning und Prof. Yasemin Karakasoglu durchgeführte Studie „Viele Welten leben“ untersuche in einer repräsentativen Studie junge Migrantinnen zwischen 16 und 21 Jahren. Ergebnis sei, dass die Bildungswünsche der jungen Frauen sehr hoch seien. Auch in den Elternhäusern gebe es eine relativ starke Bildungsorientierung, allerdings ohne dass die Eltern unterstützend tätig sein könnten. Die Eltern erwarteten von ihren Kindern, dass sie den Bildungsanforderungen gerecht würden. Einen Knick gebe es beim Berufseintritt, und es sei eine im Vergleich zu Deutschen erheblich reduzierte Ausbildungsquote bei Migrant*innen festzustellen. Zu vermuten sei, dass hierin eine Ursache für einen Rückzug liegen könnte, wenn der Weg in die Gesellschaft über den Berufs- und Arbeitsmarkt verschlossen sei. Sie wünsche sich, dass mehr in diesem Feld geforscht werde.

Abg. **Ina Lenke** (FDP) bittet darum, in den folgenden Antworten die Frauenproblematik stärker in den Fokus zu nehmen. Sie wolle gerne wissen, welche Probleme insbesondere Frauen hätten, auch mit Blick auf das bürgerschaftliche Engagement von Frauen.

PSts Marieluise Beck (BMFSFJ) weist in diesem Zusammenhang auf die von ihr eben genannte Studie hin, die bisher am differenziertesten repräsentativ die Lebenssituation von Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund untersucht habe. Die Ergebnisse der Studie könnten jedoch nicht generell Aussagen über Frauen in Migrant*innenfamilien treffen. Die Lebensentwürfe und Lebenslagen hätten sich ausdifferenziert. Es gebe die städtisch geprägten kosmopolitischen Migrant*innenfamilien, aber auch noch solche, die ihre Wurzeln im ländlichen Milieu hätten. Spanische Migrant*innenfamilien hätten z. B. eine hohe Bildungsmotivation und gute Bildungsabschlüsse. Italienische Jugendliche hingegen - was kaum jemand wisse - seien in ihren Bildungsabschlüssen noch schlechter als die türkischen Jugendlichen. Die Ergebnisse legten also eine differenzierte Betrachtungsweise nahe. Zu beachten seien auch die in der Studie belegten Lebenswünsche der jungen Migrant*innen, z.B. Kinder und Beruf zu vereinbaren.

Die Beteiligung von Migrant*innen an Sprachkursen sei z. B. immer größer als die der Männer gewesen. Für die Kurse habe es immer mehr Anwärter*innen als Plätze gegeben. Auch das zeige, dass Migrant*innen nicht prinzipiell die Tendenz hätten, sich ins eigene Heim zu ver-

kriechen. Es sei deswegen schade, wenn die Sprachkurse, die nachweislich integrativ wirkten, dem Rotstift zum Opfer fielen.

Dr. Christoph Hauschild (BMI) betont, dass auch für ihn die Sprachförderung das Instrument sei, das insbesondere Frauen helfen könne, aus der Isolation heraus zu kommen. Das Zuwanderungsgesetz schaffe die Möglichkeit, Menschen zur Teilnahme an Integrationskursen zu verpflichten. Das Instrument werde nach bisheriger Erfahrung durchaus positiv bewertet.

Abg. **Jutta Dümpe-Krüger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt fest, dass ihr zwei Aussagen besonders wichtig gewesen seien. Zum einen, dass die Kommunen bei der Integration eine entscheidende Rolle spielten und zum anderen, dass sich eigenethnische Organisationsformen besonders dort entwickelten, wo es keine Angebote der Aufnahmegesellschaft gebe. Für sie mache das deutlich, dass Integration keine Einbahnstrasse sei. Das Fastenbrechen oder der „Tag der offenen Moschee“ könnten diesen Prozess befördern. Sie könne den Ansatz der Staatssekretärin nur unterstützen, immer wieder Anknüpfungspunkte mit Migrantinnen und Migranten zu suchen, um den Kontakt auszubauen und zu stärken. Positiv sei auch, dass die Jugendverbände der großen Kirchen sich für Kinder aus diesen Bevölkerungsgruppen stärker öffneten als bisher und in diesem Bereich verstärkt arbeiteten.

Im Bereich FSJ und FÖJ hätte man gerne mehr Migrantenjugendliche oder benachteiligte deutsche Jugendliche. Zur Betreuung dieser Gruppen bedürfe es allerdings einer besonderen pädagogischen Förderung, und dafür fehle zurzeit das Geld.

Herr Hauschild habe erwähnt, dass es bei den Sprachkursen für Neuzuwanderer noch Schwierigkeiten gebe. Sie wolle wissen, welche das seien und ob es Lösungsansätze gebe.

Dr. Christoph Hauschild (BMI) erläutert, dass nach dem Zuwanderungs- und Integrationsgesetz die Neuzuwanderer jetzt über die Ausländerbehörden in die Integrationskurse vermittelt würden. Die Ausländerbehörde müsse sich in diesem Zusammenhang nun auch mit Integration befassen, und dieser Umstellungsprozess dauere noch an. Er habe aus den Ländern allerdings unterschiedliche Rückmeldungen. Er gehe jedoch davon aus, dass es sich hierbei um Anlaufschwierigkeiten handele und der zurzeit relativ geringe Zugang von Neuzuwanderern

in die Integrationskurse sich wieder verstärke. Bei den hier lebenden Ausländern stelle sich das ganz anders dar.

Es gebe zudem Gespräche des Bundes mit Migrantenorganisationen, Dachorganisationen und Bundesverbänden. Trotzdem repräsentierten diese oft nur einen zahlenmäßig geringen Teil der Migrantinnen und Migranten. Man sei noch auf der Suche, wie die Kommunikations- und Konsultationsstrukturen verbessert werden könnten.

Abg. **Rita Streb-Hesse** (SPD) erklärt, dass sie, was die Entwicklung des bürgerschaftliche Engagements von Migrantinnen und Migranten betreffe, eine Optimistin sei. Ihr Optimismus gründe sich darauf, dass gerade im Bereich Sport viel für junge Migrantinnen und Migranten getan worden sei und dies mittel- und langfristig seine positive Wirkung nicht verfehlen werde.

Sie rege an, besser als bisher zu untersuchen, wie sich das bürgerschaftliche Engagement von Migrantinnen und Migranten entwickelt habe, welche Rolle Migrantenorganisationen hierbei spielten, welche Multiplikatoren es gebe, welche geschlechtsspezifischen Engagementformen es gebe usw. Eine solche Untersuchung würde auch Wege aufzeigen, wie man besser und gezielter in diesem Bereich vorgehen könne.

Abg. **Anton Schaaf** (SPD) erklärt, dass seinem Eindruck nach Migrantinnen und Migranten vielfach engagiert seien, z. B. in Sportvereinen, Kulturvereinen, im Bereich Religion, auch in Kleingartenvereinen usw. Im Ruhrgebiet gebe es z. B. Sportvereine, die von Migranten geführt würden. Es gebe zudem sehr viele junge Migrantenkinder und -jugendliche, die zwar in deutschen Sportvereinen aktiv Mitglied seien, aber eine Funktionärsfunktion niemals übernehmen würden. Für ihn stelle sich die Frage, wie die verschiedenen Engagementformen für alle geöffnet werden könnten.

Abg. **Willi Zylajew** (CDU/CSU) stimmt dem Abg. Schaaf zu, stellt aber fest, dass seiner Meinung nach der Anteil der engagierten Migrantinnen und Migranten, gemessen an der deutschen Bevölkerung, zu gering sei. Er sehe darum Handlungsbedarf, jedoch bisher keine Konzepte und Gesprächspartner, wie dieser umgesetzt werden könnte. Er wisse aus Nord-

rhein-Westfalen, dass sich in Elternbeiräten, in Kindertagesstätten und Schulen nur wenige Migrantinnen und Migranten engagierten. Gleiches gelte für Betriebs- und Personalräte.

Er sei der Auffassung, dass zuerst eine valide Bestandsaufnahme gebraucht werde. Das müsse nicht hochwissenschaftlich geschehen, sondern könnte z. B. von jeder/jedem Abgeordneten in seinem Wahlkreis durchgeführt werden.

PSts Marieluise Beck (BMFSFJ) macht darauf aufmerksam, dass die Besonderheit der Einwanderung in der Vergangenheit darin bestanden habe, dass sie nicht als solche verstanden worden sei. Die aufnehmende Gesellschaft sei von einer Anwerbung auf Zeit ausgegangen. Integration habe in diesem Zusammenhang eine untergeordnete Rolle gespielt. Heute müsse sich die deutsche Bevölkerung mental umstellen, und das erfordere aber Geduld.

Bei niederschweligen Beratungsangeboten im Präventionsbereich sei die Inanspruchnahme von Migrantinnen und Migranten viel geringer als bei den Deutschen, während sie von Hilfsangeboten bei der Krisenintervention recht gut erreicht würden. Es gebe allerdings auch positive Zeichen aus der Mitte der Migrantengemeinschaften heraus. Die Zeitung „Hürriyet“ starte im Augenblick eine Antigewaltkampagne in der Form, dass jeden Tag ein Artikel in der Zeitung hierzu erscheint.

Sie habe manchmal Sorge, dass zu viele Erwartungen an den Integrationsteil des Zuwanderungsgesetzes geknüpft seien. Sprachkurse seien in diesem Zusammenhang ein wichtiges Instrument. Integration spiele sich aber zum größten Teil in der Kommune ab, in Vereinen, in Elternbeiräten, in Betrieben usw. Es ginge vor allem darum, Bildungserfolge zu schaffen und die Potenziale, die im bürgerschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten lägen, zu erkennen und auszubauen.

Sie sehe keine Alternative zum „Zeit nehmen“ und dem Versuch, vorhandene Kommunikationsstränge zu stärken und neue nachhaltig aufzubauen.

Dr. Christoph Hauschild (BMI) ergänzt, dass mehr Wissen und Forschung über Integrationsprozesse der verschiedenen Generationen nötig sei. Die vorliegenden empirischen Studien

böten meist nur Momentaufnahmen und hätten nicht den Prozess der Integration untersucht. Aus seinen Erfahrungen mit dem angesprochenen Wettbewerb „Engagement gewinnt“ könne er sagen, dass der Wille in diesem Bereich vorhanden sei. Diesen gelte es zu nutzen und auszubauen.

Abg. **Klaus Riegert** resümiert, dass dieses Gespräch ein erster Baustein in der Arbeit des Unterausschusses zu diesem Thema darstelle. Der Unterausschuss werde sich im Herbst wieder mit dem Thema befassen und hierzu auch entsprechende Verbände oder Organisationen einladen. Das Thema müsse dann allerdings konkretisiert und fokussiert werden.

Er erklärt den öffentlichen Teil der Sitzung für beendet und ruft **Tagesordnungspunkt 2** „1. Beratung des Antrags der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ‚Zukunft der Freiwilligendienste – Ausbau der Jugendfreiwilligendienste und der generationsübergreifenden Freiwilligendienste als zivilgesellschaftlicher Generationenvertrag für Deutschland‘, Drucksache 15/4395“ auf.

Abg. **Anton Schaaf** (SPD) erläutert, dass alle Fraktionen im Deutschen Bundestag das Interesse hätten, im Bereich Freiwilligendienste voranzukommen. Er gehe davon aus, dass die Gespräche hierüber dazu führten, dass dem Antrag in der 2. und 3. Lesung alle Fraktionen zustimmen könnten, da es hinsichtlich des Forderungsteils keine Differenzen gegeben habe. Der federführende Ausschuss wolle den Antrag in seiner Sitzung am 16. März 2005 behandeln.

Abg. **Ina Lenke** (FDP) weist darauf hin, dass sie immer davon ausgegangen sei, es gebe einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen.

Abg. **Anton Schaaf** (SPD) erklärt, dass die Ergebnisse der bisherigen Gespräche noch nicht zu einem gemeinsamen Antrag geführt hätten, aufgrund unterschiedlicher Auffassungen im Feststellungsteil. Das Ziel der Verhandlungen sei jetzt, den Antrag so zu formulieren, dass er in großen Teilen für die Opposition zustimmungsfähig werde.

Abg. **Dr. Michael Bürsch** (SPD) erklärt, dass für ihn entscheidend sei, dass alle Fraktionen dem Forderungsteil zustimmen könnten. Dann sei es aus seiner Sicht die Aufgabe des Unterausschusses, sich diese Forderungen auch zu Eigen zu machen und hierzu eine Stellungnahme für den federführenden Ausschuss zu verfassen.

Abg. **Jutta Dümpe-Krüger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bestätigt, dass der Forderungsteil unstrittig sei. Probleme gebe es mit einzelnen Inhalten im Feststellungsteil.

Abg. **Klaus Riegert** schließt die Diskussion mit dem Vorschlag, das Sekretariat des Unterausschusses zu bitten, den Entwurf für eine Stellungnahme den Obleuten in ihrer nächsten Sitzung zur Beschlussfassung vorzulegen. Die Mitglieder des Unterausschusses stimmen dem Verfahrensvorschlag einstimmig zu.

Zu **TOP 3 „Verschiedenes“** gibt es keine Wortmeldungen.

Ende der Sitzung: 19.00 Uhr

Klaus Riegert